

Bern, 12.6.2008

SD gegen EU-Personenfreizügigkeit

Die Schweizer Demokraten (SD) sind empört über den Beschluss der beiden Kammern, die Abstimmungsvorlage über die Weiterführung und die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien in einem einzigen Bundesbeschluss zusammenzufassen. Mit diesem Entscheid rückt das Parlament klar vom Grundsatz der Einheit der Materie bei Abstimmungsvorlagen ab. Ausserdem wird die Polit-Nomenklatura wortbrüchig, indem sie das im Jahre 2000 und 2005 abgegebene Versprechen bricht, die Möglichkeit zu gewährleisten, dass die Stimmberechtigten in jedem Fall gesondert zu beiden Vorlagen zu befinden haben.

Die SD werden sich durch solche Taschenspielertricks der Classe politique nicht beirren lassen und ergreifen das Referendum gegen die Paketlösung. Aufgrund des grossen Unmutes über die massive Zunahme von Arbeitskräften aus dem EU-Raum und dem daraus resultierenden Lohn- und Sozialdruck sind die SD fest davon überzeugt, diese Referendumsabstimmung gewinnen zu können.

Weiter protestieren die SD gegen die Einmischung des EU-Ratspräsidiums und führender EU-Funktionäre in den bevorstehenden Abstimmungskampf, welche bereits vor einer Ablehnung der Personenfreizügigkeit mit Rumänien und Bulgarien gedroht haben. Die von der EU an den Tag gelegte Verhaltensweise ist nicht nur demokratiepolitisch skandalös, sondern widerspricht auch den viel zitierten europäischen Werten. Druck erzeugt jedoch immer Gegendruck. Die SD werden die erpresserischen Machenschaften der in- und ausländischen Freizügigkeitsbefürworter im bevorstehenden Abstimmungskampf gebührend thematisieren.

Schweizer Demokraten (SD)

sig. Bernhard Hess, e. Nationalrat
SD-Geschäftsführer